



Niederschrift 19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin:	Mittwoch, 06.10.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Frau Angela Rößler	DIE aNDERE
Herr Tiemo Reimann	SPD
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE
Herr Günter Anger	CDU
Herr Helmar Wobeto	AfD

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Gert Zöller Bündnis 90/Die
Grünen

sachkundige Einwohner

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE
Herr Christian Rindfleisch	Bürgerbündnis
Frau Dr. Ursula Schäfer-Preuss	SPD
Herr Robert Sperfeld	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Horst Volker Zimmermann	Freie Demokraten

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
Geschäftsbereich
Finanzen

Vertreter der Beiräte

Herr Michael Mehlmann Beirat für Menschen
mit Behinderung
Frau Christel Pflug Seniorenbeirat

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Michél Berlin	DIE LINKE	nicht entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch	Bürgerbündnis	entschuldigt
----------------------	---------------	--------------

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow	Bürgerbündnis	entschuldigt
-----------------------------	---------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Nicolas Bauer	DIE aNDERE	nicht entschuldigt
Frau Ariane Wargowske	CDU	entschuldigt

Vertreter der Beiräte

Frau Manuela Kiss	Beirat für Menschen mit Behinderungen	nicht entschuldigt
-------------------	--	--------------------

Schriftführer/in:
Herr David Gast

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
08.09.2021
- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Potsdams kreatives Museums Quartier
Vorlage: 21/SVV/0638
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
- 4.2 Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP fördern
Vorlage: 21/SVV/0851
Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen
- 4.3 Temporäre Aufstockung der Personalservicestelle
Vorlage: 21/SVV/0854
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.4 Solaroffensive in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0858
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.5 Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt
Vorlage: 21/SVV/0862
Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE
- 4.6 Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte
Vorlage: 21/SVV/0963
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürger zur 19. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 08.09.2021

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 9 Mitgliedern anwesend.

Herr Dr. Wegewitz eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

Die öffentliche Niederschrift der 18. Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom

08.09.2021 wird von den Ausschussmitgliedern mit sechs Zustimmungen und eine Enthaltung bestätigt. Es bestehen keine Anmerkungen.

Anschließend informiert Herr Dr. Wegewitz den Ausschuss zu zwei Rückstellungsanträgen zu den Tagesordnungspunkten 4.4 „Solaroffensive in der Landeshauptstadt Potsdam“ (21/SVV/0858) und Punkt 4.5 „Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt“ (21/SVV/0862).

Beide Rückstellungsanträge wurden einstimmig von den Ausschussmitgliedern angenommen.

Die geänderte Tagesordnung wird von den sieben anwesenden Ausschussmitgliedern bestätigt.

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Exner.

Herr Exner erläutert anhand einer Präsentation im ersten Teil die aktuelle Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam. Wesentliche Inhalte sind die Gewerbesteuerentwicklung des Jahres 2021 im Vergleich zu den Vorjahren sowie die Allgemeinen Zuweisungen im Jahr 2021 und ein Ausblick der Jahre 2022 bis 2025.

Weitere Themen sind der Ausblick auf die Steuereinnahmen und auf die Landeszuweisungen aufgrund der Entwicklung zur Einwohnerveredelung. Im zweiten Teil der Präsentation stellt Herr Exner das vorläufige Ergebnis des Jahres 2019 vor.

Frau Dr. Günther erscheint während der Präsentation des zweiten Teils. Nun sind acht Ausschussmitglieder anwesend.

Herr Zimmermann fragt, wie die 24,8 Millionen Euro zusätzlicher Aufwand bei den sonstigen, ordentlichen Aufwendungen im Jahresabschluss 2019 zustande kommen. Herr Schmidt (Fachbereich 11 – Rechnungswesen und Steuern) antwortet, dass davon 21 Millionen Euro Zuführung zu Rückstellungen sind.

Herr Reimann fragt, ob der potentielle Negativeffekt aus der Einwohnerveredelung bereits in den Zahlen der ersten Folien bereits berücksichtigt sind. Herr Exner antwortet, dass die Stadt die finanziellen Coronafolgen überstehen würde. Wenn die Einwohnerveredelung allerdings auch noch kommen sollte, habe die LHP wirklich ein finanzielles Problem. Im Moment sei dies nur eine Risikoanzeige.

Frau Dr. Günther fragt, inwieweit die Planungskürzungen des Landeshaushaltes Einfluss auf die städtischen Finanzen haben. Herr Exner erläutert seine Antwort anhand der Folie 7 der Präsentation. Die Probleme seien der Vorwegabzug und die coronabedingten Steuermindereinnahmen.

Die zweite Frage von Frau Dr. Günther lautet, inwieweit die nicht genutzten Personalkosten, wie aus dem Jahresabschluss 2019 ersichtlich, miteingeplant werden, wenn die Stellen nicht besetzt werden können.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Potsdams kreatives Museums Quartier**

Vorlage: 21/SVV/0638

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und stellt den Antrag in geänderter Fassung vor.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage in geänderter Fassung zur Abstimmung und schließt nach der Abstimmung den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam spricht sich dafür aus, die Option einer Ansiedlung des Potsdam Museums im Kreativquartier weiter voranzutreiben und die daraus resultierenden Ergebnisse in den Haushalt 2023/2024 einfließen zu lassen~~

Der Oberbürgermeister wird beauftragt in finanzieller Hinsicht zu prüfen, ob und wie eine Ansiedlung des Potsdam Museums im Kreativquartier möglich ist, um valide Zahlen für die Aufstellung des Haushalts 2022/2023 zu generieren. Gleichzeitig ist weiterhin die Möglichkeit eines Anbaus am Alten Markt zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Finanzen stimmt mehrheitlich für die Vorlage in geänderter Fassung DS 21/SVV/0638.

zu 4.2 **Sozial-ökologische Nutzung kommunaler landwirtschaftlicher Flächen der LHP fördern**

Vorlage: 21/SVV/0851

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Richter, Werkleitung des Kommunalen Immobilien Service (KIS) Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Richter erläutert, dass der KIS über 1.600 Verträge im Rahmen der Verwaltung des Grundstücksvermögen der LHP von aktuell drei, künftig vier Mitarbeitern bearbeitet. Von den 1.600 Verträgen fallen 17 Verträge in die Kategorie landwirtschaftlicher Nutzflächen. Diese Verträge sind mit Landwirten und einem Pferdehof abgeschlossen. Es handelt sich dabei um 66 Flurstücke mit einer Gesamtgröße von 40 Hektar inklusive der Nuthewiesen. Dabei werden insgesamt ca. 4.000 Euro Jahrespachteinnahmen erzielt. Für die Umsetzung einer Konzeptvergabe und Prüfung auf landwirtschaftliche Nutzung der 1.600 Verträge fehlen Personal- und Kompetenzressourcen. Wirtschaftlich sei die Vorlage nicht umsetzbar. Trotz Verständnis für den Sinn der Vorlage empfiehlt Herr Richter die Vorlage abzulehnen.

Herr Dr. Wegewitz schlägt einen Änderungsantrag vor: Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Neuverpachtung landwirtschaftlicher Pachtflächen der LHP ökologische Kriterien aufzustellen.

Frau Dr. Günther antwortet, dass eine Umwandlung anhand eines Kriterienkatalogs stattfinden soll, der die sozialen und ökologischen Aspekte berücksichtigt. Es gebe bereits ein Tandemmodell aus anderen Kommunen. Zudem seien Expertise im Land und in der Stadt, sowie die Vorgaben des Landes vorhanden. Frau Dr. Grünther schlägt einen ressourcenschonenden Prozess vor und berichtet aus dem Kreisbauernverband, dass die Landwirte bewirtschaftbares Land suchen. Es sei mit der Vorlage möglich einen Wechsel zu generieren.

Herr Dr. Wegewitz zieht den Vorschlag zum Änderungsantrag wieder zurück.

Herr Zimmermann äußert, dass offensichtlich keine sozial-ökologischen Flächen existieren. Wie sehe denn der Wettbewerb bei der Grundstücksvergabe aus und soll der Prozess wirklich verkompliziert werden, fragt Herr Zimmermann und hält zudem die unternehmerischen Belastungen für fragwürdig.

Herr Dörschel äußert, dass er den vorgeschlagenen Änderungsantrag für sinnvoll halte. Denn bei Neuverträgen seien gegebenenfalls auch höhere Pachteinahmen möglich.

Herr Anger stimmt zu, dass eine Betrachtung für neue Flächen wie im Änderungsantrag sinnvoll scheint.

Herr Exner erläutert, dass dies die Einführung eines Steuerungsinstrumentes bedeute. Es sei jedoch ein Irrtum, dass bei 40 Hektar Gesamtfläche ein relevanter Steuerungseinfluss vorhanden soll. Bei Neuverpachtungen werde bereits auf Mindeststandards geachtet. Daher sei eine Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Bei Neuverpachtungen sei eine Neubetrachtung gegebenenfalls möglich, allerdings wäre die Wirkung gering.

Ein Gespräch mit dem Kreisbauernverband trotzdem sinnvoll sei, glaubt Frau Dr. Günther, und nimmt Bezug auf die anwendbare Anlagerichtlinie aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen, wobei hier jedoch eine anwendbare Richtlinie möglich sei.

Herr Dr. Wegewitz äußert, dass jedoch ein nicht absehbarer Aufwand in dem Prüfauftrag vorhanden sei. Ebenso gebe es nicht die Möglichkeit bei sich automatisch verlängerten Verträgen einzugreifen. Diese Verträge müssten zunächst gekündigt werden.

Frau Dr. Günther stellt den Antrag auf Zurückstellung.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung und beendet nach der Abstimmung den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Vermietung bzw. Verpachtung (Neuverpachtung und Pachtverlängerungen) kommunaler landwirtschaftlicher Flächen (Ackerland und Grünland) neu geregelt werden kann, mit dem Ziel einer Förderung einer sozial-ökologischen Nutzung der kommunalen Flächen.

Dazu soll insbesondere eine Konzeptvergabe nach gemeinwohlorientierten Kriterien bei der Ausschreibung Förderung der Schaffung von sinnvollen Bewirtschaftungseinheiten, Flächentausch etc. geprüft werden.

Dabei sollen relevante Akteur:innen (wie z.B. NABU Fairpachten; ABL (Arbeitskreis Bäuerliche Landwirtschaft), FINC, Ökonauten e.G. etc.) beratend einbezogen werden.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes (SBWL) und dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität (KUM) soll regelmäßig berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Finanzen stimmt mehrheitlich für die Zurückstellung der Vorlage DS 21/SVV/0851.

zu 4.3 Temporäre Aufstockung der Personalservicestelle

Vorlage: 21/SVV/0854

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und stellt die Vorlage in geänderter Fassung vor.

Herr Dörschel erläutert den Hintergrund der Vorlage und äußert, dass die Vorlage der Unterstützung des Oberbürgermeisters dienen soll.

Frau Dr. Kletzing (Fachbereich 53 – Personal) erläutert, dass die Unterstützung immer gut sei. Stärkungen und Anpassungen im Prozess laufen bereits. Zu begrüßen sei es, dass es der Verwaltung überlassen würde, wie die Stärkung verlaufen soll. Ein behutsames Wachstum sei zu empfehlen. Beispiele für die Prozessentwicklung seien die Einführung des digitalen Bewerbungsprozesses, neue Recruiter, Verbesserung des Arbeitgebermarketing durch Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 51 – Kommunikation und Partizipation und eine geplante Personalbedarfsmessung in jedem Fachbereich im Jahr 2022.

Herr Anger empfiehlt die Vorlage als durch Verwaltungshandeln erledigt zu

betrachten.

Der Ausschussvorsitzende erkennt den Geschäftsordnungsantrag und fragt vor der Abstimmung die Ausschussmitglieder auf Für- und Gegenrede des Antrags. Herr Dörschel äußert in seiner Gegenrede, dass das Signal aus der Stadtverordnetenversammlung entscheidend sei. Die Abstimmung des Antrags ergibt eine Zustimmung, sechs Ablehnungen und eine Enthaltung. Der Antrag, die Vorlage als durch Verwaltungshandeln erledigt zu betrachten, ist abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt daher die Vorlage in geänderter Fassung zur Abstimmung und schließt nach der Abstimmung den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Bereich Personalservice zu stärken, in dem ein Teil der unbesetzten Personalstellen in den Geschäftsbereichen temporär für den Personalservice zur Verfügung gestellt werden (z. B. über befristete Einstellungen, Ausleihen, etc.) bis der Rückstau in den bereits beschlossenen und fachlich vorbereiteten Stellenbesetzungen abgebaut ist.~~

~~Dem Hauptausschuss ist im November Bericht zu erstatten.~~

Der Oberbürgermeister wird gebeten, den Bereich Personalservice zu stärken, um den Rückstau bei den beschlossenen Stellenbesetzungen abzubauen.

Dem Hauptausschuss ist im Rahmen der regulären Berichterstattung zur Personalsituation zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	2

Der Ausschuss für Finanzen stimmt mehrheitlich für die Vorlage in geänderter Fassung
DS 21/SVV/0854.

zu 4.4 Solaroffensive in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 21/SVV/0858

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zu Beginn der Sitzung ist mit der Feststellung der Tagesordnung der Tagesordnungspunkt zurückgestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Zur intensiveren Nutzung von Solarenergie in der Landeshauptstadt Potsdam eine Potenzialflächenanalyse für Freiflächen-Solaranlagen zu erstellen und der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.
2. Vorrangig sind Freiflächen zu berücksichtigen, die im öffentlichen Eigentum stehen (Bund, Land, Kommune) und bereits eine Vorbelastung aufweisen (z.B. ehemalige Deponien, Kiesgruben, stillgelegte militärisch genutzte

Flächen). Ferner sollen Parkplätze, sowie Flächen entlang von Bahnlinien und Autobahnen in Betracht gezogen werden.

3. Die Energie- und Wasser Potsdam sowie die Stadtwerke Potsdam sind frühzeitig in den Prozess einzubinden. Ebenso sollen in einem weiteren Schritt ggf. interessierte private Energieunternehmen beteiligt werden.

Der Stadtverordnetenversammlung sowie dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist bis spätestens im Frühjahr 2022 über den Projektfortschritt zu berichten.

zu 4.5 Einführung eines allgemeinen Sozialdienstes (ASD) im Schlaatz als Pilotprojekt

Vorlage: 21/SVV/0862

Einreicher: Fraktionen SPD, DIE LINKE

Zu Beginn der Sitzung ist mit der Feststellung der Tagesordnung der Tagesordnungspunkt zurückgestellt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie und wann im Stadtteil Schlaatz ein Allgemeiner Sozialdienst (ASD) etabliert werden kann.

Dieser soll eine Anlaufstelle sein für Menschen mit Bedarfen an sozialen Hilfen, denen eine entsprechende Hilfe oder wirtschaftliche Unterstützung vermittelt werden muss. Der Allgemeine Sozialdienst dient somit als netzwerkübergreifende Vermittlungsstelle, um die vielfältigen staatlichen (Hilfe zur Erziehung, Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfen u.v.a.) und städtischen Hilfen der Landeshauptstadt (soziale Beratungsangebote) zu vermitteln. Der ASD ist auch aufsuchend mit Hausbesuchen tätig und kooperiert mit den einschlägigen sozialen Diensten.

Der Schlaatz soll als Modellprojekt starten und sukzessive soll der ASD dann auf alle Stadtteile ausgeweitet werden.

zu 4.6 Erhöhung des Budgets für PLuS-Projekte

Vorlage: 21/SVV/0963

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Frau Rößler, die die Vorlage vorstellt.

Herr Anger äußert, dass für einen Beschluss der Vorlage genaue Haushaltszahlen benötigt würden, um das Budget zu erhöhen.

Herr Reimann äußert Sympathie für den Antrag. Die Gelder für Projekte sollen zielgerichtet und langfristig eingesetzt werden und nicht so kurzfristig, wie in der Vorlage beschrieben.

Herr Exner erläutert, dass der Fachbereich einen überplanmäßigen Auftrag beantragen könne, da ein großer Deckungskreis für den Fachbereich existiere. Die Frage der Umsetzung sei lieber in der Haushaltsdiskussion zu führen. Dann könne auch die Frage der Deckung gestellt werden. Daher sei eine Zustimmung nicht zu empfehlen.

Frau Rößler antwortet, dass die Vorlage zunächst auf der fachlichen Ebene im Jugendhilfeausschuss diskutiert werden solle und damit zurückgestellt werden soll.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Zurückstellung zur Abstimmung. Anschließend schließt der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bei der Erstellung des Haushaltsentwurfes sicherzustellen, dass die Voraussetzungen für die vollständige und langfristige Sicherung der PLS-Projekte für die Zusammenarbeit von Jugendförderträgern mit Schulen geschaffen werden.

Dazu soll die Landeshauptstadt Potsdam zukünftig ein Budget von jährlich 500.000 EUR für die Durchführung der PLS-Projekte zur Verfügung stellen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Jugendhilfeausschuss und dessen AG Jugendförderung bis zum 31.12.2021 Kriterien für die Auswahl der beantragten Projekte zu erarbeiten und die bestehende Förderrichtlinie weiterzuentwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen stimmt einheitlich für eine Zurückstellung der Vorlage DS 21/SVV/0963.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen aus der Verwaltung vor.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung des Ausschusses für Finanzen.